

Sozialverband VdK Saarland

Unsere Forderungen für ein soziales Saarland

Auch wenn die „große Sozialpolitik“ auf Bundesebene gemacht wird, bleiben den Ländern, Landkreisen und Kommunen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, um das Zusammenleben der Menschen zu fördern, um gegen Armut und Benachteiligung zu wirken, um mehr Gesundheit für alle zu verwirklichen, um menschenwürdig zu pflegen und zu versorgen, um Chancengleichheit und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und um würdige Arbeit auch für Menschen mit Handicaps anzubieten.

Mit den nachfolgenden **Forderungen für ein soziales Saarland** legt der Sozialverband VdK Saarland **Maßstäbe** für eine offensive Sozialpolitik in unserem Land und **Messlatten** für die Parteien, die für den Saarländischen Landtag kandidieren und unser Land in den nächsten Jahren regieren wollen, vor.

Der Sozialverband VdK Saarland ist parteipolitisch neutral aber engagierter Interessenvertreter seiner mehr als 36.000 Mitglieder und damit all der Menschen, die als Rentner, Menschen mit Behinderungen, Menschen die Hartz IV-Leistungen in Anspruch nehmen oder die als pflegebedürftige und kranke Menschen leben müssen.

Unsere Grundsätze

Die letzten Monate und Jahre belegen eindeutig:

In einer Gesellschaft in der immer mehr „Geld und Profit“ dominieren, in der fast ausschließlich ökonomische Prinzipien denk- und handlungsleitend sind, ist der soziale Frieden, die ökonomische Stabilität in Gefahr.

Unsere Verfassung gibt den handelnden Politikern andere Aufträge:

- das **Sozialstaatsgebot** unseres Grundgesetzes und unserer Landesverfassung verpflichtet immer und überall zum sozialen Ausgleich
- die **Würde des Menschen** verträgt nicht die Geringschätzung und Vernachlässigung von hilfe- und förderungsbedürftigen Menschen. Sie verpflichtet zur Vermeidung von Armut, Krankheit, Behinderung, soweit es politisches und menschliches Handeln ermöglicht.

Deshalb fordern wir, das Soziale und damit die soziale Gerechtigkeit wieder verstärkt als gestaltendes und prägendes Element in Wirtschaft und Gesellschaft zu integrieren. Wir wenden uns aktiv und offensiv gegen die Diffamierung sozialer Rechte und den Abbau sozialer Infrastruktur. Die Sozialpolitik einer neuen Landesregierung muss sich gleichermaßen auf die Gestaltung der Zukunfts- und Lebenschancen aller Generationen konzentrieren, alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppierungen mit einbeziehen und immer und überall gegen Ausgrenzung von Menschen wirken, die Eigenverantwortung des Einzelnen stärken, die Teilhabe Aller am sozialen Fortschritt sichern, auf Qualität und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen setzen und konsequenter Fürsprecher für Benachteiligte sein.

Charta für ein soziales Saarland

Wir erwarten, dass der neugewählte Landtag und die neue Landesregierung zu Beginn der nächsten Legislaturperiode gemeinsam mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den Kirchen, den kommunalen Spitzenverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen im Land eine **Charta für ein soziales Saarland** ausarbeiten, in der Ziele und Standards einer sozial ausgleichenden und die Teilhabe Aller fordernden Politik für unser Land festgeschrieben werden. Die Unterzeichner dieser Charta sollten verbindlich vereinbaren, dass sie soziale Rechte und Rechtsansprüche sichern, die soziale Infrastruktur erhalten und weiterentwickeln sowie das bürgerschaftliche Engagement unterstützen.

Dies bedeutet, dass

- die Politik im Land so ausgestaltet wird, dass die **Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen** im ganzen Saarland gewährleistet wird,
- die Bürgerinnen und Bürger befähigt werden, in eigener Kompetenz ihre **Belange selbst zu bestimmen, selbstverantwortlich** zu vertreten und zu gestalten,
- die Rahmenbedingungen für **bürgerschaftliches Engagement** gestärkt und so die Solidarität in der Gesellschaft gefestigt wird,
- dafür Sorge getragen wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger des Landes mit und ohne Arbeit **in Würde leben** können,
- durch gezielte Politik **Armut** und gesellschaftliche **Ausgrenzung bekämpft und verhindert** werden,
- eine notwendige und **bedarfsgerechte gesundheitliche und pflegerische Versorgung** für alle sichergestellt wird,
- eine **Steuerpolitik** angestrebt wird, die **jeden nach seiner Leistungsfähigkeit** an der **Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben** beteiligt,
- die **Erwerbsarbeit** so gestaltet wird, dass sie mit **gemeinwohlorientierten und familienbezogenen** Aufgaben vereinbar ist,
- allen Bürgerinnen und Bürgern **gleicher Zugang zu hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen ermöglicht** wird,
- alle Bürgerinnen und Bürger beim **Zugang zu sozialen Dienstleistungen** Wahlfreiheit haben und bei Bedarf hierbei Unterstützung bekommen.

I. Für ein Miteinander der Generationen

Der demographische Wandel ist die Herausforderung unserer Zeit. Wir wollen, dass das Saarland mit einem „**Bündnis der Generationen**“ diese Herausforderung bewältigt. Gerade weil unser Bundesland schneller als andere altert, müssen wir die demographische Entwicklung als Chance für Veränderungen begreifen und diese konstruktiv und beispielhaft nutzen.

Dazu gehört, dass

1. die **Potenziale der älteren Generation** sowohl im Bereich der beruflichen Kompetenzen als auch der Lebenserfahrung und ihr gesellschaftliches Engagement anerkennend gefördert und möglichst lange genutzt werden. Deshalb fordern wir, dass Landtag und Landesregierung bei Unternehmen und Betrieben für den qualifizierten Einsatz älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werben, sie bei einer gesundheits- und altersgerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen unterstützen und gezielt entsprechende Modellvorhaben fördern.
2. die neue Landesregierung bei den saarländischen Unternehmen Maßnahmen einfordert und auch fördert, die auf **Vermeidung gesundheitlicher Beeinträchtigungen** hinwirken. Gleiches gilt für die Entwicklung lebensphasengerechter Arbeitsmodelle.
3. das neue **Miteinander der Generationen** in der Arbeitswelt und in der Freizeit, in Wohnquartieren sowie in Kultur- und Sozialeinrichtungen verstärkt entwickelt und gefördert wird. In diesem Sinne erwarten wir eine offensive und gestaltende Rolle des Landes in der Förderung des Mehrgenerationenwohnens und die modellhafte Erprobung neuer Wohnkonzepte mit nachbarschaftlichen Netzwerken in genossenschaftlicher Selbsthilfe nach dem Motto „Jung hilft Alt – Alt hilft Jung“.
4. eine Landesinitiative gestartet wird, die darauf hinwirkt, dass die Menschen im Saarland **„gesund alt werden“**. Prävention und Rehabilitation müssen eindeutig Vorrang vor Rente und Pflege haben. Die Landesregierung sollte die Gemeinden und die freien Träger aktiv unterstützen, damit in allen saarländischen Gemeinden bedarfsgerechte, gesundheitsfördernde Sport- und Fitnessangebote für älter werdende Menschen vorgehalten werden. Dadurch kann gerade in der älteren Generation das Entstehen chronischer Erkrankungen verhindert und ihre Lebensqualität verbessert werden.
5. die pflegende, betreuende und versorgende Infrastruktur für pflegebedürftige Menschen wohnortnah bedarfsgerecht weiterentwickelt wird. Dies gilt insbesondere für den Aufbau **wohnquartiersbezogener, niedrighschwelliger Angebote** für präventive und rehabilitative Leistungen zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit und für die Verbesserung des Übergangs von der Krankenhausbehandlung in die Pflege.

Ganz besonders sollte ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement zur Unterstützung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen gefördert werden.

II. Mehr Gesundheit für alle Saarländerinnen und Saarländer

Gesundheit ist Lebensqualität. Eine stabile Gesundheit fördert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, sichert die Selbsthilfe und Selbstversorgung und ermöglicht gesellschaftliches Engagement. Deshalb gilt es, Krankheiten wirksam vorzubeugen, sie zielgerichtet zu bekämpfen und auch zu lernen, mit Krankheiten zu leben. Das Saarland hat ein gut ausgebautes Gesundheitssystem. Den Herausforderungen der älter werdenden Gesellschaft wird es jedoch nicht immer gerecht.

Deshalb wollen wir, dass

1. die neue Landesregierung darauf hinwirkt, dass das Saarland eine **Modellregion in der gesundheitlichen Versorgung** wird. Kostenträger, Leistungserbringer und Betroffene sollten im Saarland aufgrund der ausgeprägten Kultur des gemeinsamen Handelns für mehr integrative Versorgung, für mehr Qualität und mehr Wirtschaftlichkeit in der gesundheitlichen Versorgung zusammengebracht werden.
2. die neue Landesregierung darauf hinwirkt, dass die Zahl der chronisch kranken Menschen im Saarland gesenkt wird. Wir wollen wissen, weswegen die **Lebenserwartung** der Saarländerinnen und Saarländer niedriger als in anderen Bundesländern ist, warum es mehr Diabetiker, mehr Herz- und Krebskranke und einen höheren Medikamentenverbrauch als in anderen Bundesländern gibt.
3. die wertvollen Daten und Fakten des **Krebsregisters** – mit dem das Saarland über ein einzigartiges Instrument verfügt – verstärkt zur Entwicklung und Umsetzung von ursachenbezogenen Präventionsprogrammen genutzt werden, damit die Zahl der Neuerkrankungen sinkt. Wir fordern eine entsprechende Landesinitiative.
4. die besonderen **Bedürfnisse der älteren Menschen** in der gesundheitlichen Versorgung mehr berücksichtigt werden und dabei insbesondere die Prävention und Versorgung demenziell erkrankter Menschen offensiv vorangebracht wird. Dazu gehört auch der Aufbau eines interdisziplinären **Forschungszentrums für Alterskrankheiten** und Arzneimitteltherapie im Alter in der medizinischen Fakultät der Universität des Saarlandes.
5. ein landesweiter **Wettbewerb** in ambulanten und stationären Einrichtungen des Gesundheitswesens durchgeführt wird, der die **altersensible gesundheitliche Versorgung** anregt und fördert und ebenso eine Landesinitiative zur sachgerechten Kompetenzerweiterung bei Ärztinnen und Ärzten, aber auch bei allen anderen Berufen im Gesundheits- und Pflegewesen, die die besonderen Anliegen älterer und hochbetagter Menschen berücksichtigt. Unser Anliegen ist ganz besonders, dass jede Patientin und jeder Patient die Sicherheit hat, dass alle an ihrer Behandlung Beteiligten verlässlich zusammenarbeiten und abgestimmte Behandlungsstrategien verfolgen.

III. Arbeit für Alle – kurzfristige Hilfen statt langfristige Vertröstungen

Arbeit muss vor Armut schützen – während der Berufstätigkeit und im Ruhestand.

Deshalb bekennen wir uns ausdrücklich und eindringlich zum sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsvertrag als Regelarbeitsverhältnis, zur tarifvertraglichen bzw. branchenüblichen Entlohnung, zur Tarifautonomie, zum Flächentarifvertrag, zum Kündigungsschutz, zum bestehenden Arbeits- und Tarifvertragsrecht und wenden uns mit aller Kraft gegen weitere Deregulierungen in der Arbeitswelt. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn ebenso wie die Reduzierung der Leiharbeit, der Minijobs und der zeitlich befristeten Arbeit.

Weil der Schutz der Würde des Menschen dies gebietet und weil einfache Arbeitsplätze wegbrechen, muss unser Bildungssystem allen gleiche Chancen ermöglichen und durch gezielte Förderprogramme benachteiligten Kindern und Jugendlichen auch die 2. und 3. Chance geben.

1. Wir fordern von Landtag und Landesregierung

1. eine gezielte **Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung** für besonders benachteiligte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu schließen. Hierzu gehört auch eine offensive Erwerbsintegration von Zuwanderern.
2. eine saarländische **Gemeinschaftsinitiative** von Land, Bundesagentur, Kreisen und Gemeinden, die im Rahmen eines **öffentlich geförderten Arbeitsmarktes** die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen mit der Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur verknüpft. Hierzu gehören wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen ebenso wie Investitionen in die ökologische und barrierefreie Zukunft und in die Sozial- und Bildungsinfrastruktur. Die neue Landesregierung muss das Ziel anstreben, die Zahl der Langzeitarbeitslosen innerhalb der nächsten Legislaturperiode um mindestens die Hälfte dauerhaft zu senken.
3. eine wirkliche **Jugendqualifizierungs- und Beschäftigungsgarantie** für alle arbeitslosen und Ausbildungsplatz suchenden jungen Menschen unter 25 Jahren. Keiner darf länger als 6 Monate ohne echte Beschäftigung und Qualifizierung sein.
4. die Errichtung von **Arbeitsförder- und Integrationsbetrieben** in jedem Landkreis und im Regionalverband für Menschen mit sehr geringen Vermittlungschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen, Langzeiterkrankungen usw. Das Ziel soll die Befähigung und Förderung zur normalen Arbeitsaufnahme, aber auch die längerfristige Beschäftigung sein, falls die Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes einerseits und die persönlichen Handicaps der Betroffenen andererseits keine Alternativen zulassen. Auch die Werkstätten für behinderte Menschen sollten die Möglichkeit bekommen, sich zu „Kompetenzzentren für Arbeit“ in der Region weiter zu entwickeln.
5. die Einrichtung von **Dienstleistungsagenturen** in jedem Landkreis und im Regionalverband zur Vermittlung von sozialversicherungspflichtigen, rechtlich abgesicherten Arbeitsverhältnissen zur Unterstützung von hilfebedürftigen Menschen, die täglich eine längerfristige oder sogar eine „rund um die Uhr Versorgung“ brauchen. Hier können Kombilohnmodelle statt „illegaler Arbeit“ praktiziert werden.

IV. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen überall verwirklichen - Lebensbedingungen verbessern

Es ist normal, verschieden zu sein. Deshalb ist die Kultur des Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Behinderung eine ständige Aufgabe. In einer Gesellschaft, in der die Zahl der Menschen mit Handicaps steigt, müssen die berechtigten Anliegen dieser Menschen denk- und handlungsleitend sein. Vorurteile müssen offensiv zurückgedrängt, integriertes Leben eine Selbstverständlichkeit werden.

Deshalb wollen wir, dass

1. im Sinne der neuen Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die nationales Recht ist, die **integrative Förderung** von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildungsangeboten die **Regel** und nicht die Ausnahme ist.
2. gerade die **Integration** von jungen Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen **Arbeitsmarkt** vorangebracht wird. Wir brauchen neue **Landesprogramme**, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Hierzu gehört auch der verstärkte Einsatz von Arbeitsassistenten.
3. den gesetzlichen Vorgaben gefolgt und dafür gesorgt wird, dass öffentliche Einrichtungen wie Freizeit-, Sport-, Kultur- und Bildungsstätten mehr und mehr den Kriterien der **Barrierefreiheit** entsprechen und für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sind. Wir brauchen eine Landesinitiative, um den öffentlichen Personennahverkehr sowie die Tourismus- und Beherbergungsangebote barrierefrei zu gestalten. Gleiches gilt auch für die Sicherstellung von Barrierefreiheit bei Informationsangeboten.
4. die Nutzung der **persönlichen Budgets** als aktive Eingliederungshilfe im Saarland vorangetrieben und bei Menschen mit Behinderungen verstärkt praktiziert wird. Dazu brauchen wir ein landesweites unabhängiges Beratungsangebot für Menschen mit Behinderungen.
5. in allen Kommunen und Landkreisen und im Regionalverband nicht nur **Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte** eingesetzt, sondern diese auch befähigt werden, ihre Aufgaben sachgerecht wahrzunehmen. Hierzu muss eine entsprechende Pflicht zur Unterstützung bei den öffentlichen Körperschaften, aber auch bei den Sozialversicherungen, etabliert werden.

V. Freiwillige fördern – Kultur des Miteinanders praktizieren

Das Saarland hat eine lange und tiefgreifende Tradition bürgerschaftlichen Engagements. Nachbarschaftliche Hilfe, Engagement in Vereinen und Initiativen gehören zum Alltag der meisten Saarländerinnen und Saarländer. Vereine und Gemeinschaftsinitiativen sind Orte der Begegnung, der gemeinsamen Interessenvertretung und aktiven Gemeinwohlgestaltung. Trotz oder gerade wegen schwieriger werdender gesellschaftlicher Bedingungen ist diese Kultur des Miteinanders aktiv zu fördern. Möglichst alle sozialen Schichten unserer Gesellschaft sind einzubeziehen.

Deshalb wollen wir, dass

1. die soziale Dimension von Bildung und Erziehung, die Förderung der sozialen Sensibilität und Kompetenzen neu gewichtet und das gemeinwohlorientierte Verhalten von Schülerinnen und Schülern durch soziale Schulprojekte und Sozialpraktika gefördert wird. Zur Organisation und Umsetzung dieser zukunftsorientierten Initiative fordern wir vom Land die Einrichtung einer „**Agentur für soziales Lernen**“.
2. alle Generationen die Chance zum vorübergehenden „**Seiten-Wechsel**“ bekommen. Wir wollen in der „**Charta für ein soziales Saarland**“ auch Möglichkeiten eröffnen, dass Führungskräfte aus der Wirtschaft und der Politik, aus den Verwaltungen, den Sozialversicherungen sowie den Medien zeitweise in sozialen Einrichtungen mitarbeiten und Erfahrungen sammeln. Umgekehrt sollen Verantwortliche aus Sozialeinrichtungen auch Chancen des Lernens in Unternehmen der Wirtschaft, in Banken und Versicherungen sowie in den öffentlichen Verwaltungen bekommen.
3. - weil freiwilliges Engagement im gesamtgesellschaftlichen Interesse liegt - das saarländische Weiterbildungs- und Bildungsfreistellungsgesetz dahingehend geändert wird, dass der **Bildungsurlaub** auch zur **Qualifizierung für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement** genutzt werden kann.
4. die Möglichkeiten der **Interessenvertretung für Menschen**, die sich nicht oder nicht mehr selbst vertreten können, im Land maßgeblich gestärkt werden. Dies gilt für Kranke, Behinderte und Senioren in Gemeinden und Kliniken ebenso wie für Menschen in Behinderten- und Pflegeeinrichtungen. Sie brauchen qualifizierte Möglichkeiten ihrer Interessenvertretung, Unterstützung bei der Wahrnehmung derselben, aber auch die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements für die Delegation der Vertretung ihrer Interessen dann, wenn die Betroffenen sich nicht mehr selbst vertreten können.
5. die neue Landesregierung auch darauf hinwirkt, dass sich wirklich alle gesellschaftlichen Schichten gemeinwohlorientiert engagieren. Dies kann sowohl in Form von Zeit- als auch Geldspenden erfolgen. Auch das Stiften von Geld, Immobilien oder Sachanlagen ist Bestandteil bürgerschaftlichen Engagements. Deshalb wollen wir, dass die Landesregierung die **Gründung von Bürgerstiftungen** forciert und Hürden, die bei der Stiftungsgründung noch vorhanden sind, abbaut.

Eine Beratungs- und Vermittlungsstelle soll stiftungsbereite Bürger/innen bei der Gründung oder Nutzung solcher Initiativen beraten und unterstützen.

